

TeleTrusT-interner Workshop 2011

München, 30.06./01.07.2011

Torsten Wunderlich
DATEV eG Informationsbüro Berlin
eGovernment aktuell – ELENA & Co.

TeleTrusT-interner Workshop 2011



München, 30.06./01.07.2011

eGovernment aktuell: ELENA & Co.

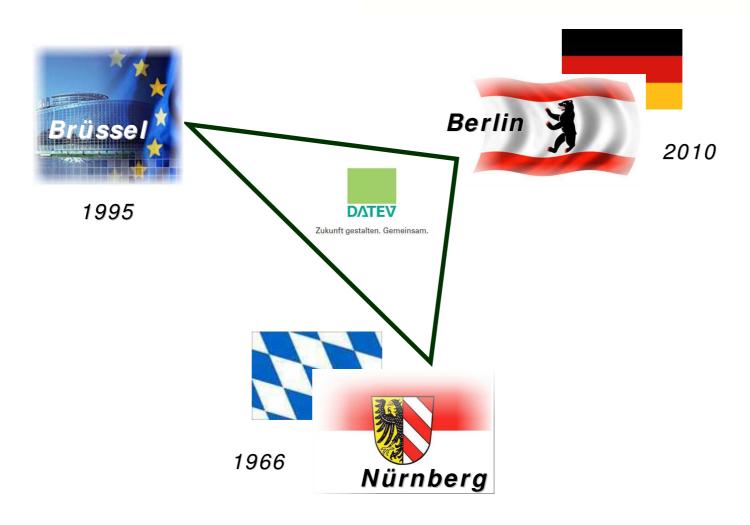
Torsten Wunderlich DATEV Informationsbüro Berlin





Informations- und Kontaktübergabe





Flugroute





- eID-Bedeutung
- Neuer Personalausweis
- verbindliche eMail
- eRechtsverkehr
- > ELENA
- Prozeßdatenbeschleuniger (P23R)
- > ELSTER
- eRechnung / Änderung des UStG, jetzt auch ohne eSig ?
- ➤ IT-Planungsrat

Das war (?) eGov-2.0



Portfolio

Elektronisches Handels- und Genossenschaftsregister

> EU-Energie Dienstleistungsrichtlinie

Elektronische Vollständigkeitserklärung (Verpackungsveronische

Elektronische Vergabe (Vergabeveror dnung) Elektronischer Entgeltnachweis (ELENA)

> Elektronische Steuererklärung (ELSTER)

Prozessketten

Prozessketten zwischen Wirtschaft und Verwaltung

Elektronisches Mahnverfahren

WebAkte

Elektronische Rechnung

Steuerbürokratie-Abbaugesetz (SteuBAG)

Qualifizierte elektronische Signatur (QES) EU-Dienstleistungsricht-

linie, einheitlicher Anprechpartner

Emissionshandel

Identifikation

Elektronischer Personalausweis (nPA) S.A.F.E Secure Access to Federated e-Justice/ e-Government

Kommunikation

DE-Mail (Bürgerportalgesetz) Elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP)

eID: Jeder ist Viele!



Unterschiedliche eldentitäten:

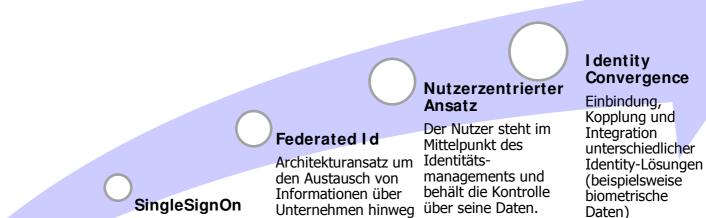


Elektronische Identitäten: Evolution von Identitätsmanagement

Einmalanmeldung: Z Durch eine einmalige Authentifizierung kann

der Nutzer auf alle

Rechner und Dienste zugreifen, für die er berechtigt ist.



zu ermöglichen.

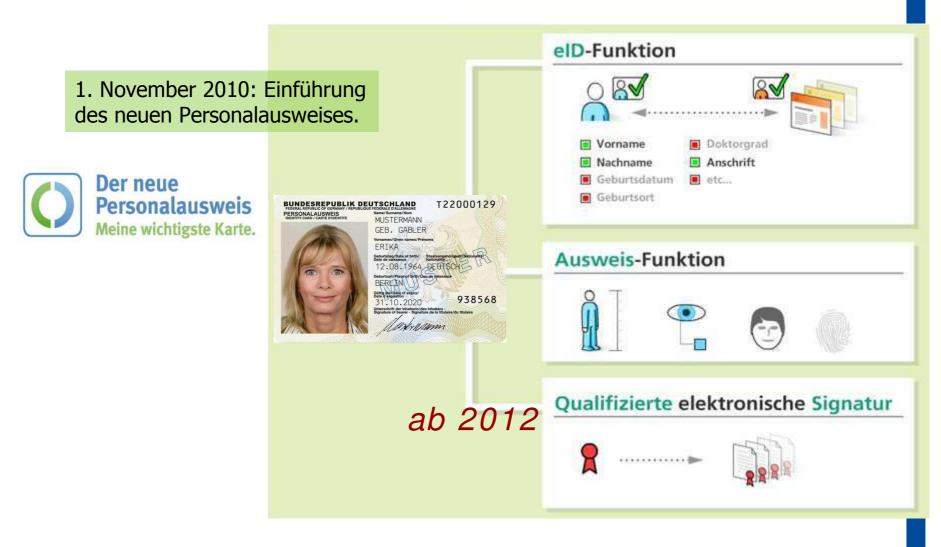
Zeit

Username

Password

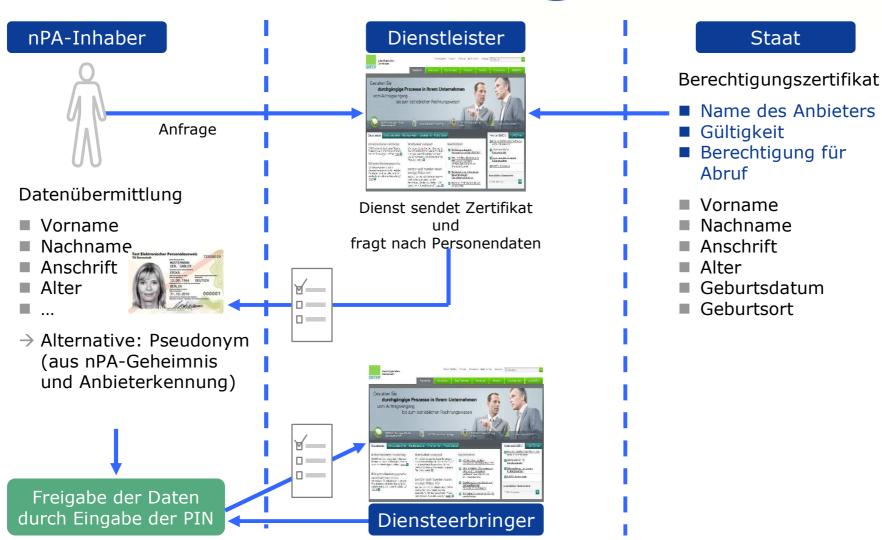
Der neue Personalausweis Funktionen





nPA: Ablauf des elektronischen Identitätsnachweises





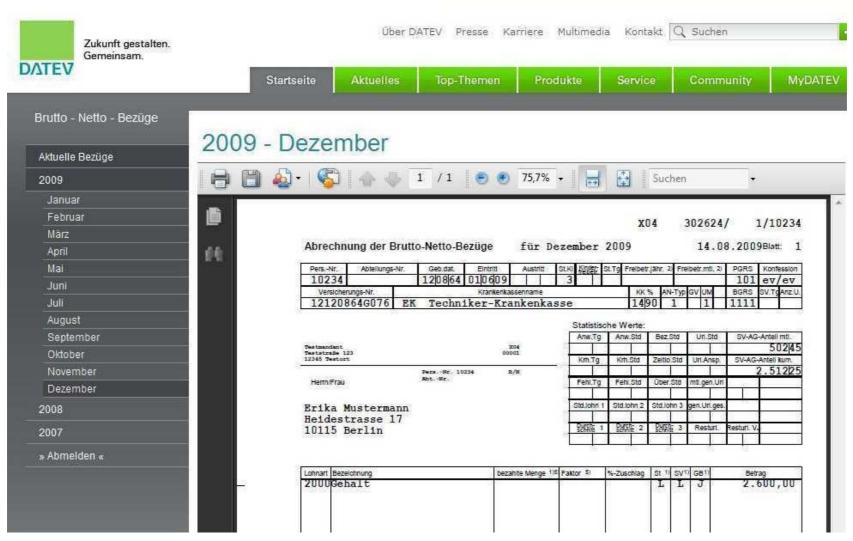






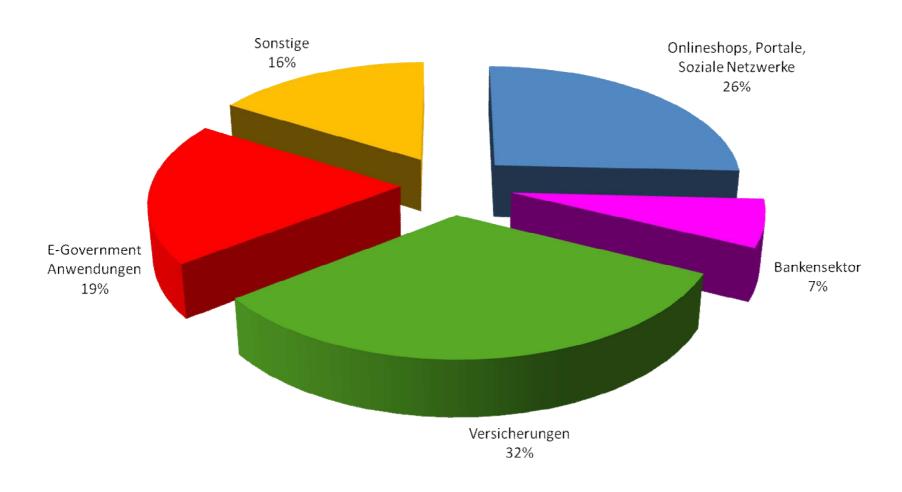
Neue Wege der Lohn- und Gehaltsabrechung



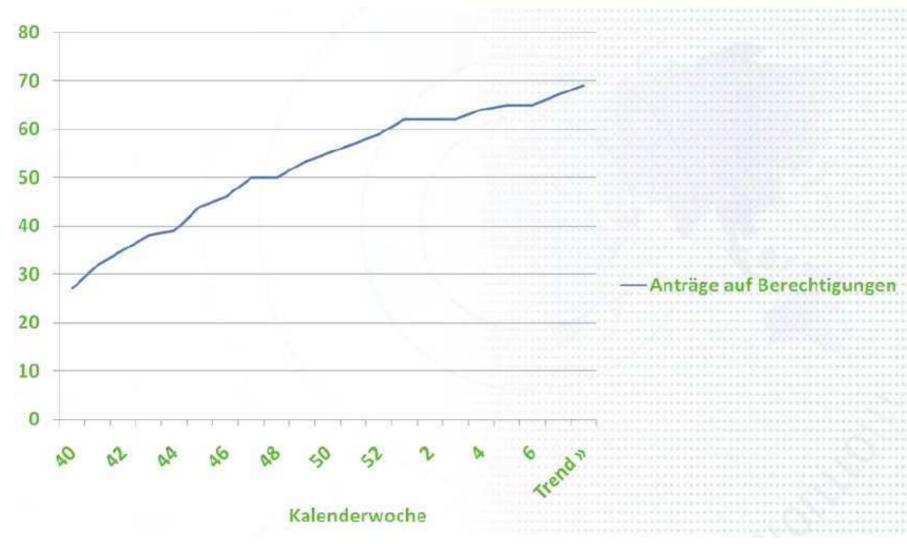


Anwendungsszenarien in der Einführungsphase









Herausforderungen



neuer Personalausweis



- ➤ EU-weite Nutzbarkeit/Akzeptanz (STORK) ... ?
- > eAufenhaltstitel (Ausländer in DE) ... ?
- > EU-Ausländer ... ?
- ➤ Integration in mittelständische Anwendungen ... ?
- AusweisApp-Mangement ... ?
- ➤ Mobile nPA-Anwendungen ... ?
- Pa-Vermarktung / -Kommunikation ... ?

Verbindliche eMail: DE-Mail



"DE-Mail-Gesetz" seit dem 03.05.2011 in Kraft

Keine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in der DE-Mail-Basisversion, - derzeit keine bezüglichen "Premium-Angebote".



- Kammern (BStBK / BNotK / BRAK / WPK): DE-Mail in der Basisversion somit nicht tauglich für die eKommunikation Berufsträger – Mandant
- Weiteres Spannungsfeld: Die "Zustellfiktion".
- Technisch-organisatorisch unklar bzw. nur mit erheblichem Aufwand darstellbar: die Einbindung von juristischen Personen (Unternehmen / Kanzlei).
- ➤ In der Planung, aber noch nicht umgesetzt: Verbindung von DE-Mail mit dem in der Justiz verwendeten elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP).

DE-Mail / Zustellungsfiktion



- ➤ Bundes-Cl O Rogall-Grothe: (...) Bürgerinnen und Bürger können zunächst einmal nur dann per De-Mail Nachrichten und Dokumente von einer Behörde erhalten, wenn sie zuvor ausdrücklich zugestimmt haben, mit der Behörde mittels De-Mail elektronisch kommunizieren zu wollen. Ist ein solcher Zugang eröffnet worden, können seitens der Behörde mittels De-Mail Dokumente grundsätzlich auch wirksam förmlich zugestellt werden. Der durch die Behörde übersandte Vorgang gilt in diesem Fall jedoch erst dann als förmlich zugestellt, wenn man sich mit hohem Authentisierungsniveau an seinem De-Mail-Konto angemeldet hat, und nicht automatisch.
- Was Sie aber meinen, ist die sogenannte Zustellungsfiktion, mit der ein Vorgang nach Ablauf von drei Tagen als zugestellt gilt. Diese greift nur dann, wenn aufgrund einer Rechtsvorschrift ein Verfahren elektronisch abzuwickeln ist, die klassische papiergebundene Zustellung der Behörde also nicht möglich ist. Diese Konstellation hat in der Praxis nur eine geringe Bedeutung.

Themenkreis eRechtsverkehr





Situation: Die Mehrzahl der eJustice-Verfahren liegt ein eigener Authentisierungs- und Identifizierungsdienst zugrunde.

Ziel: standardisierter Datenaustausch, und standardisierte Authentifizierungs- und Identifizierungsverfahren.

Mittel: S.A.F.E. (= **S**ecure **A**ccess to **F**ederated **E**-Justice)

"Die in S.A.F.E. registrierten Benutzer sollen in Zukunft nicht nur das EGVP, sondern auch Registerauskünfte, Akteneinsichtsverfahren oder andere Web-Dienste sicher nutzen können. Dabei entscheiden die Benutzer selbstbestimmt über die Verwendung ihrer angegebenen Personendaten."

Weiteres zentrales Thema: XML-Format-Abstimmungen



ELENA





- Datenübermittlung aus den Lohnprogrammen ab dem 01.01.2010 für jeden Arbeitnehmer gesetzlich vorgeschrieben.
- > 100%ige-Erfassung für geschätzte Datennutzung weit unter 10 %: Übermittlungsaufwand für KMUs z. T. höher als bisher. Anhaltende Datenschutzbedenken.
- Bsp DATEV, 3 Dimensionen: DATEV + Kanzleien + Mandanten als übermittelnde Arbeitgeber
- Abfrage-Verschiebung auf 2014, wann wird was gelöscht ?
- Bisherige Zuständigkeit BMWi, nach einer (nötigen) Gesetzesänderung das BMAS
- Überschneidungen mit Prozessdatenbeschleuniger "P23R" (BMI / Fraunhofer)

ELENA



04.05.2011

NRW beantragt im Bundesrat die Aussetzung des ELENA-Verfahrens

27.05.2011

GRÜNE beantragen im Bundestag die Aufhebung der ELENA-Meldepflicht Bundesrat

Drucksache 251/11

04.05.11

Wi - AS - Fz - In

Antrag

des Landes Nordrhein-Westfalen

Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung des Verfahrens zum elektronischen Entgeltnachweis

Ministerin für Bundesangelegenheiten Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen Düsseldorf, den 3. Mai 2011

An die Präsidentin des Bundesrates Frau Ministerpräsidentin Hannelore Kraft

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat beschlossen, dem Bundesrat den als Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur Aussetzung des Verfahrens zum elektronischen Entgeltnachweis

zuzuleiten.

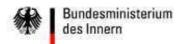
Ich bitte, den Entschließungsantrag gemäß § 36 Absatz 1 der Geschäftsordnung den zuständigen Ausschüssen zur Beratung zuzuweisen.

Mit freundlichen Grüßen

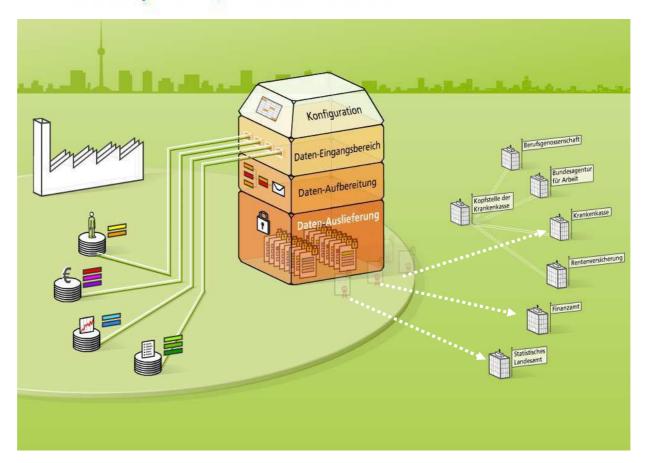
Dr. Angelica Schwall-Düren

Prozessdatenbeschleuniger (P23R)





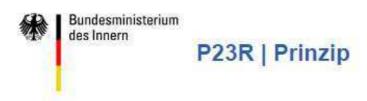
P23R | Prinzip - in der Praxis

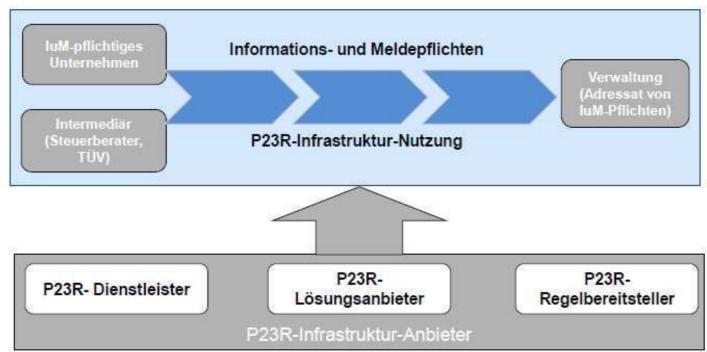




Prozessdatenbeschleuniger (P23R)









ELSTER (BMF)





- ELSTER wird zunehmend zur "properitären Anwendung" im eGovernment
- ➤ Entweder **ELSTER** kann seine Infrastruktur für weitere eGov-Anwendungen öffnen, oder wird von diesen zukünftig bedrängt.
- ELSTER z.B. ohne Zusammenspiel mit DE-Mail oder EGVP!
- ➤ Langfristige Tendenz:

 Integration in ein eGov-Gesamtkonzept

eRechnungen: Änderung des UStG / § 14 Der Gesetzentwurf in der Presse



Umsatzsteuergesetz

Elektronische Rechnungen brauchen bald keine Signatur mehr

08.02.2011 - Ende Juni 2011 soll nach dem Willen der Bundesregierung der Zwang wegfallen, elektronische Rechnungen entweder mit einer Signatur zu versehen oder per EDI zu versenden.





Elektronische Rechnungen bald ohne digitale Signatur gültig?

Experte: Michael Konetzny







Geht es nach dem Willen der EU-Kommission, werden elektronische Rechnungen zukünftig auch ohne digitale Signatur anerkannt.

[DE] Elektronische Rechnungen ohne elektronische Signatur ?!

Viele waren schon immer der Meinung, dass eine personegebundene qualifizierte elektronsiche Signatur für die elektronische Rechnung "Overkill" ist. Immerhin muss man elektronische Rechnungen für die GDPdU-Konformität nicht nachsignieren - wenigstens etwas. Inzwischen wird aber die elektronische Signatur bei der elektronischen Rechnung grundsätzlich in Frage gestellt. Die europäische Kommission will sie abschaffen. Nun ist der Expertenbericht zum E-Invoicing verfügbar (Ehttp://ec.europa.eu/enterprise/newsroom/cf/document.cfm?acti...). Dort wird im Hause Stoiher (sich) emnfohlen, den UNCEFACT-Standard für industrieüherschreitende elektronische





Elektronische Rechnung künftig einfacher?

Anmerkungen zum Entwurf für ein Steuervereinfachungsgesetz 2011 vom 2. Februar 2011

[8. Februar 2011]

Von: Stefan Groß und Martin Lamm

04.02.2011 14:55



Zwang zur Rechnungssignatur fällt Ende Juni

uorlesen / MP3-Download

Mit ihrem jetzt beschlossenen <u>Steuervereinfachungsgesetz</u> (PDF-Datei) will die Bundesregierung nicht nur die Werbungskostenpauschale für Arbeitnehmer erhöhen. Gleichzeitig ändert sie aufgrund einer <u>EU-Vorgabe</u> aus dem vorigen Jahr das

Bürokratieabbauziel ohne eSig bei eRechnungen angeblich geschafft ...





Pressemitteilung

Berlin, 2. Februar 2011

Bürokratieabbau wird spürbar - Bundeskabinett ebnet den Weg für die elektronische Rechnung

Der Nationale Normenkontrollrat begrüßt den heute im Bundeskabinett beschlossenen Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes. Künftig können rund 30 Mrd. Rechnungen elektronisch - und damit unbürokratisch verschickt werden. Dies entlastet die Unternehmen um rund 4 Mrd. Euro.

Die entscheidende Entwurfspassage



Formulierung BMF

Referat: IV D 2

Ansprechpartner: MR Keisinger / ORR'in Danewitz / ROl'in Brandt Datum: 26.10.2010

Telefon: 1865 / 1181 / 2793

Entwurf

Stichwort: Elektronische Rechnungsstellung

(BMF, Umsetzung des Arbeitsauftrags aus dem Koalitionsvertrag - Zei-

le 223)

-2-

Bearbeitungsstand: 26.10.2010 10:15 Uhr

b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

"(3) Unbeschadet anderer zulässiger Verfahren gelten bei einer elektronischen Rechnung die Echtheit der Herkunft und die Unversehrtheit des Inhalts als gewährleistet durch

- eine qualifizierte elektronische Signatur oder eine qualifizierte elektronische Signatur mit Anbieter-Akkreditierung nach dem Signaturgesetz vom 16. Mai 2001 (BGBI. I S. 876), das durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBI. I S. 876) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, oder
- elektronischen Datenaustausch (EDI) nach Artikel 2 der Empfehlung 94/820/EG der Kommission vom 19. Oktober 1994 über die rechtlichen Aspekte des elektronischen Datenaustauschs (ABI. EG Nr. L 338 S. 98), wenn in der Vereinbarung über diesen Datenaustausch der Einsatz von Verfahren vorgesehen ist, die die Echtheit der Herkunft und die Unversehrtheit der Daten gewährleisten.

Umsatzsteuergesetz Entwurf / §14 Abs. 1



(...) Die Echtheit der Herkunft der Rechnung, die Unversehrtheit ihres Inhalts und ihre Lesbarkeit müssen gewährleistet werden. Echtheit der Herkunft bedeutet die Sicherheit der Identität des Rechnungsausstellers. Unversehrtheit des Inhalts bedeutet, dass die nach diesem Gesetz erforderlichen Angaben nicht geändert wurden. Jeder Unternehmer legt fest, in welcher Weise die Echtheit der Herkunft, die Unversehrtheit des Inhalts und die Lesbarkeit der Rechnung gewährleistet werden. Dies kann durch jegliche innerbetriebliche Kontrollverfahren erreicht werden, die einen verlässlichen Prüfpfad zwischen Rechnung und Leistung schaffen können. (...)

These:

Die elektronische Signatur wird als Verfahren bei eRechnungen dann von einem anderen Verfahren sinnvoll ergänzt bzw. abgelöst, wenn der Aufwand für "innerbetriebliche Kontrollverfahren" und einen "verlässlichen Prüfpfad" für das vorsteuerabzugsberechtigte Unternehmen im Vergleich wirtschaftlicher erscheint und(!) von den Finanzbehörden (vorab) Anerkennung findet. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wird hierbei leider nicht mit erfasst, welchen zusätzlichen Prüfungsaufwand die Finanzbehörden hinsichtlich einer hohen Anzahl verschiedenster Kontrollverfahren und Prüfpfade haben werden.

Geheimnisse des dritten Weges



- > Neue Verfahren sollen von BMF-Briefen nicht im Detail technisch-organisatorisch beschrieben werden.
- ➤ Wie kommt der Vorsteuerabzugsberechtige an eine verfahrens-bezogene Vorabsicherheit ? Derzeit nur über QES und EDI, "dritte Wege" müssen wachsen und von den OFDs akzeptiert werden …
- ➤ Eine Betriebsprüfung ist zu spät, um Verfahrenssicherheit zu erlangen. Soll jedes Unternehmen seinen Rechnungsprozess beim Finanzamt anzeigen ? Wird es branchenspezifische Prozessvorgaben geben ? Von den OFDs einzeln akzeptiert, oder in der Fläche ?

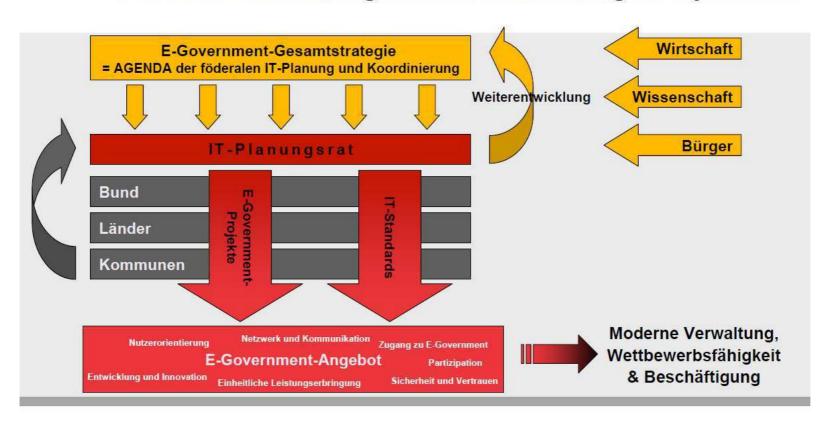
Politische Entscheidungsprozesse: IT-Planungsrat







Föderale IT-Planung und Koordinierung ab April 2010





Herzlichen Dank für Ihr Interesse.

Torsten Wunderlich DATEV Informationsbüro Berlin



